**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
**Band:** 60 (1966)
**Heft:** 4

**Artikel:** Warum de Gaulle die NATO-Stützpunkte vom französischen Boden weghaben will
**Autor:** [s.n.]
**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-141124

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 19.11.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

westlicher Investitionen. 2500 deutsche technische Fachleute sind eben in Vietnam angekommen. Wir erfuhren aus diplomatischen Quellen, daß diese Deutschen Zivilkleider trugen und daß sie im Paß als ‚Techniker' bezeichnet waren. Die Zahl deutscher Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten, auf Grund privater Werbung, wächst beständig. Alles deutet darauf hin, daß der deutsche Kriegsminister, Uwe von Hassel, vom Kanzler und dem amerikanischen Verteidigungsminister, McNamara, überredet worden ist, den Ausbau der Position in Südostasien zu unterstützen.»

## Warum de Gaulle die NATO-Stützpunkte vom französischen Boden weghaben will

In *Elie Abels* Buch «Die Raketenkrise» (The Missile Crisis) findet sich eine Episode, die uns klar machen dürfte, warum de Gaulle die Beziehungen zwischen Frankreich und der NATO modifizieren will. *Dean Acheson* hatte seinerzeit (1962) als Präsident Kennedys Sonderbotschafter die heikle Aufgabe, de Gaulle mitzuteilen, daß die USA bereit seien, einen Nuklearkrieg gegen die Sowjetunion zu entfesseln, wenn die russischen Lenkgeschosse nicht von Kuba entfernt würden. Bevor er seine Botschaft an den Mann bringen konnte, erhob de Gaulle die Hand in einer Geste, um die ihn die gekrönten Häupter eines glorreichen Frankreichs von einst beneidet hätten und sagte: «Darf ich um Aufklärung bitten, bevor Sie beginnen? Sind Sie gekommen, mich zu konsultieren oder zu informieren? Acheson mußte zugeben, daß er Auftrag hatte, zu informieren, nicht zu konsultieren. Und doch wäre Frankreich sofort in den Konflikt verwickelt worden, falls Chruschtschew die Raketen nicht entfernt hätte und der Nuklearkrieg ausgebrochen wäre. Frankreich hätte innerhalb von Stunden oder Tagen zerstört werden können, wegen eines Konfliktes im Karibischen Meer, der seine Interessen wenig berührte und über den weder Frankreich noch irgendein anderer NATO-Partner — nicht einmal England — konsultiert worden wäre. Ein Bündnis, unter welchem Leben oder Tod aller durch ein Mitglied entschieden werden kann, ist aber nicht ein Bündnis, sondern eine Form von Beherrschung.

Chruschtschew konsultierte seine Warschaupakt-Partner ebenso wenig, bevor er die Lenkgeschosse in Kuba deponierte. Anderseits erlaubten weder Kennedy noch Chruschtschew ihren NATO-Partnern einen außenpolitischen Kurs einzuschlagen, der die USA oder Rußland in einen Krieg hätte verwickeln können. Im Suezkonflikt zwangen die beiden Großen sowohl England wie Frankreich ihre bewaffneten Kräfte aus Ägypten abzuziehen, als Nasser den Kanal seinen französisch-englischen Eigentümern wegnahm. Weder russische noch

USA-Interessen waren direkt berührt — die Angelegenheit war für sie keinen Krieg wert und die Freundschaft mit der arabischen Welt (und ihrem Öl) bedeutete ihnen mehr als die Verluste, die ihre französischen und englischen Verbündeten erlitten.

Frankreich wurde nicht konsultiert, als die USA im Koreakrieg den Einsatz von Nuklearwaffen erwog und damit einen Weltkrieg heraufbeschworen hätte. Frankreich wurde nicht konsultiert wegen Kuba. Frankreich wird auch jetzt über Vietnam nicht konsultiert, obwohl eine Ausweitung dieses Krieges auch Frankreich hineinziehen müßte.

All dies machte de Gaulle an seiner letzten Pressekonferenz vom 21. Februar 1966 klar. Er sagte damals unter anderem: «Während die Gefahr eines Weltkrieges wegen Europa schwindet, gibt es Konflikte, welche die USA in anderen Teilen der Welt auslösen (siehe oben), die dank der berühmten Escalation zu einem Weltkrieg werden können. In jenem Fall würde Europa — dessen Strategie, innerhalb des NATO-Paktes, die Strategie Amerikas ist — automatisch auch gegen seinen Willen in den Weltkrieg hineingezogen.»

De Gaulle verlangt nicht, daß der Atlantikpakt aufgelöst werde. Er verlangt aber die Entfernung der NATO-Stützpunkte — die nicht französischer Kontrolle unterstehen —, so daß von diesen Stützpunkten aus Krieg geführt werden kann, auch ohne Frankreichs Zustimmung. De Gaulle verlangt in diesem Punkt übrigens nicht mehr als die USA Franco längst gewährten. Der spanische Diktator duldet amerikanische Stützpunkte auf spanischem Boden nur unter einem zweiseitigen Vertrag, der den Gebrauch dieser Stützpunkte zur Führung eines Krieges von der Erlaubnis Spaniens abhängig macht. Der gerissene Franco nahm Faschistenhilfe in Anspruch, um zur Macht zu gelangen (1936), gab aber den Achsenmächten in ihrem Krieg kaum mehr als nominelle Unterstützung. Er wäre durchaus in der Lage, auch den USA gegenüber so vorzugehen, falls die USA in einen Konflikt gerieten, den er als nicht im Interesse Spaniens betrachten sollte.

### *Als die NATO noch antikolonialistisch war*

Die meisten Amerikaner haben vergessen, daß das Bündnis mit Westeuropa einst Nord-Atlantik-Pakt hieß und nur auf den Nordatlantik angewendet wurde. Frankreich konnte ihn weder über Südostasien (Dien Bien Phu) noch über Algier oder andere afrikanische Besitzungen anrufen.

Jetzt aber versuchen die USA die NATO für den Fernen Osten zu brauchen, probierte doch McNamara an der letzten NATO-Rat-Konferenz die Bündnispartner gegen China zu hetzen und einen Druck auf sie auszuüben, Hilfe nach Vietnam zu schicken. De Gaulle anderseits pflegt freundliche Beziehungen mit China und Rußland und warnt die USA immer wieder, daß für Vietnam keine militärische Lösung möglich ist.

Er sieht den Weg zum Frieden nur in einer Wiedereinberufung der Genfer Konferenz, im Aufhören aller ausländischen Intervention und in daraus sich ergebender Neutralität des Landes. Dies heißt aber auch Schluß mit der amerikanischen Fiktion von einem unabhängigen Südvietnam, als amerikanischem Protektorat. Vietnam soll wieder vereinigt werden, was immer die Großmächte dazu sagen mögen.

De Gaulle hat seinerzeit Kennedy in der Kubafrage unterstützt, da die USA, wie er glaubte, keine andere Wahl des Vorgehens hatten. In Vietnam und in den Beziehungen der Welt zu China findet er, haben wir die Wahl eines weiseren politischen Kurses.

De Gaulle hat seit 1958 immer wieder versucht, Wege der Konsultation innerhalb der NATO anzubahnen. Dies ist nun seine Unabhängigkeitserklärung, mit der im Geheimen alle westeuropäischen Bündnispartner sympathisieren — ist sie doch der Entscheid gegen Vernichtung ohne Möglichkeit, seinen Standpunkt zu vertreten.

Aus I. F. Stone's «Weekly», 21. März 1966

# Widerstand gegen Teilnahme am Vietnamkrieg in Australien

*Mr. Harold Holt*, der australische Premier, erfuhr einen bösen Empfang, als er am 28. März vor 1200 Melbourner Bürgern die Vietnampolitik der Regierung (das heißt die Johnsonsche Politik, d. Ü.) verteidigte und die Entsendung von australischen Rekruten nach der Dschungelhölle von Südvietnam befürwortete.

Vorausschicken muß man vielleicht, daß im Ersten Weltkrieg die allgemeine Wehrpflicht für Überseedienst in zwei nationalen Referenda abgelehnt wurde. 1943, als der Feind vor den Toren stand, war das australische Volk ohne Murren bereit, die allgemeine Wehrpflicht zu akzeptieren.

Der Premier sprach an einer Versammlung zugunsten eines liberalen Kandidaten für eine Ersatzwahl in das Bundesparlament. Die Versammlung wurde zu einem der wildesten Meetings, das Melbourne seit Jahren gesehen hatte, wie «The Australian News» (London) vom 31. März berichtet. Mr. Holt konnte sich in einem Tumult von Pfiffen, Hohngelächter und ständigen Zwischenrufen kaum Gehör verschaffen. Es kam immer wieder zu Tätlichkeiten zwischen gouvernemental Gesinnten und Gegnern der allgemeinen Wehrpflicht.

Später mußten 12 Polizisten den Premier auf dem Wege nach seinem Auto beschützen. Demonstranten bedrohten seinen Chauffeur, schlugen mit Fäusten und Stöcken auf den Wagen und wollten ihn umwerfen.

In seiner Rede sagte der Premier, nur zwei Parteien seien gegen die Teilnahme von australischen Truppen am Vietnamkrieg — die austra-